



Pressekonferenz

ÖVP, GRÜNE und NEOS

zur Linzer Aktenaffäre

Als Gesprächspartner stehen zur Verfügung:

Klubobmann GR Martin Hajart, ÖVP

GR Ursula Roschger, Grüne

KoAu-Vorsitzender GR Felix Eypeltauer, NEOS

Donnerstag, 4. April 2019

11.15 Uhr

Hotel Schwarzer Bär

Herrenstraße 11, 4020 Linz

Rückfragen

Claudia Prietzel

0664/80762507

prietzel@oevp-linz.at

- **Aufklärer-Allianz beantragt AKTUELLE STUNDE**
- **Nach wie vor viele offene Fragen!**

Brisanter RH-Bericht liegt nun vor

Die aus ÖVP, GRÜNEN und NEOS bestehende Aufklärer-Allianz trat nach den beiden Kontrollamtsberichten zur so genannten Aktenaffäre bei insgesamt 13 Kontrollausschuss-Sitzungen zusammen. Ziel der drei Fraktionen ist es

- 1) volle Aufklärung und weitest gehende Transparenz in dieser Causa herzustellen,
- 2) die Grundlagen dafür zu schaffen, dass so etwas in dieser Stadt nie wieder vorkommt.

Der vergangenen Freitag publizierte Bericht des Bundesrechnungshofes bestätigt nun – neben den wichtigen Handlungsempfehlungen für die Verwaltung – vor allem auch eine wesentliche Feststellung der Aufklärer-Allianz, nämlich dass man die Verantwortung in der Aktenaffäre nicht alleine einigen Magistratsbediensteten in die Schuhe schieben kann. *„Es gibt in der Causa sehr wohl auch eine politische Verantwortung seitens des Bürgermeisters. Das hält nun auch der Rechnungshof ganz klar fest“*, **betonen ÖVP-Klubobmann Martin Hajart, Ursula Roschger, Gemeinderätin der Grünen und Kontrollausschussvorsitzender Felix Eypeltauer (NEOS).**

Zitat Österreichischer Rechnungshof:

Linzer Aktenaffäre: Weder Bürgermeister noch Spitzenbeamte reagierten auf Warnungen vor zahlreichen Verjährungen.

Der Linzer Magistrat war nicht in der Lage, Verwaltungsübertretungen und damit Strafen so zu verfolgen, wie es das Gesetz vorschreibt. Weder der Bürgermeister noch Spitzenbeamte der Behörde haben das Amt dementsprechend organisiert.

Dies vor dem Hintergrund, dass sich die Finanzpolizei im Juni 2016 beim Linzer Bürgermeister über eine lückenhafte Aufgabenerledigung beschwerte. Im Dezember 2016 folgte eine weitere Beschwerde, in der auf 155 Verfahrenseinstellungen hingewiesen wurde. Im Mai 2017 folgte schließlich eine Anzeige der Finanzpolizei an die Staatsanwaltschaft.

Wesentliche Feststellungen des Rechnungshofes sind darüber hinaus:

- Mit Ende des Jahres 2017 waren 7.789 Akten offen. Das entspricht einem Zuwachs zu Anfang 2010 von 55% (5.024 offene Akten). Im überprüften Zeitraum verjährten 3.023 Akten, davon 1.985 aufgrund von Untätigkeit der Behörde.
- Der Rechnungshof ermittelte aufgrund von Erfahrungswerten einen Entfall von Strafgeleinnahmen in Höhe von insgesamt 382.000 Euro. Rund 209.000 Euro davon würden zu Lasten externer Empfänger gehen, davon 173.000 EUR zu Lasten der Stadt Linz. Dem AMS entgingen laut Rechnungshof 149.310 Euro, der Wirtschaftskammer Oberösterreich 31.495 Euro, der ASFINAG 21.378 Euro und dem Land Oberösterreich 1.561 Euro.
- Entsprechend dem Stichtag der Rechnungshofprüfung wurden Kosten für den Rechtsbeistand der Stadt Linz im Zuge der Aktenaffäre in Höhe von 377.000 Euro ausgewiesen und kritisiert.
- Es wurde verabsäumt, den erforderlichen Personalbedarf der Abteilung Verwaltungsstrafen rechtzeitig zu prüfen und festzulegen. Spätestens Mitte 2016 hätte Veranlassung zur unverzüglichen Ermittlung und Festlegung der erforderlichen Personalressourcen bestanden, da zu diesem Zeitpunkt die Geschäftsbereichsleitung darauf hingewiesen hatte, dass mit Verjährungen zu rechnen ist.

Aufklärer-Allianz beantragt Aktuelle Stunde

Ziel ist es, dass der 138 Seiten starke Bericht samt seinen 48 Empfehlungen nicht nur detailliert im Kontrollausschuss behandelt und eine Handlungsanleitung für die Neuaufstellung der Magistratsabteilung darstellen soll, sondern dass auch eine transparente und öffentliche Debatte im Gemeinderat erfolgt. Dementsprechend beantragt die Aufklärer-Allianz für die GR-Sitzung am 11. April eine Aktuelle Stunde. „Der Rechnungshof hat in seinem Bericht mehr als nur deutliche Worte gefunden. Hier kann man nicht zur Tagesordnung übergehen“, sind **Hajart, Roschger und Eypeltauer** überzeugt.

Experte Dr. Prucher im Kontrollausschuss:

Verjähungen hintangehalten, allerdings noch nicht alles auf Schiene

Am Montag, den 1. April 2019 stand HR Dr. Prucher, der ehemalige Finanzdirektor des Landes Salzburg dem Linzer Kontrollausschuss Rede und Antwort. Dies nachdem Dr. Prucher (einstimmig vom Stadtsenat bestellt) die Abteilung Verwaltungsstrafen auf ihre derzeitige Funktionsfähigkeit hin überprüft hat.

- Wie HR Dr. Prucher ausführt, fehlt noch immer ein EDV-Projektauftrag, um die Software nach den Anforderungen der Abteilung Verwaltungsstrafen optimal zu gestalten. Ein automatisches Mahnwesen ist mit der gegenwärtigen EDV nicht möglich, zusätzlich zum ELAK (Elektronischer Akt) werden nach wie vor Excel-Listen geführt.
- Laut Auskunft von HR Dr. Prucher wird die Qualifizierung der neu angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zur vollen Einsatzfähigkeit noch 1 bis 1,5 Jahre dauern. Die Mitarbeiter-Anzahl hat sich seit 2016 verdoppelt (was auch den massiven Personalmangel in früheren Zeiten aufzeigt).
- HR Dr. Prucher hält fest, dass insbesondere die neu eingestellten MitarbeiterInnen gute Arbeit leisten und generell ein gutes Teambuilding feststellbar ist.
- Es erfolgt eine Begleitung des Abteilungsleiters durch die Organisationsentwicklung.

- HR Dr. Prucher schilderte eine explosionsartige Steigerung von Anzeigen nach dem Meldegesetz – eine Erklärung dafür fehlte allerdings von ihm sowie – bei der Pressekonferenz – auch von Bürgermeister Luger. Setzt etwa eine Magistratsabteilung eine Schwerpunktsetzung bei Anzeigen, und die andere Magistratsabteilung erfährt davon nichts, um die nötigen (personellen bzw. organisatorischen) Maßnahmen ergreifen zu können?

Das Ziel: Für den gesamten Magistrat lernen

Am Beispiel der Magistratskrankenfürsorge (MKF) sieht man zahlreiche Probleme, die Parallelen zur Aktenaffäre ziehen lassen. Ziel der Aufklärerallianz ist es, aus den Erkenntnissen der Kontrollamtsberichte und des Rechnungshofes für den gesamten Magistrat zu lernen.

Aufforderung an Vbgm Hörzing, offene Fragen zu klären:

- Wie ist der Stand im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren? Dies sollte der für die Stadt Linz tätige Rechtsanwalt darlegen, für welchen bislang ein Budget von rund 1,13 Millionen Euro ausgegeben bzw. für heuer budgetiert worden ist.
- Wurden seitens der neben der Stadt Linz finanziell Geschädigten (AMS, WKO OÖ, ASFINAG, Land OÖ) bereits Schadensersatz-Forderungen an die Stadt Linz gestellt? Wird folglich ein Privatbeteiligten-Anschluss der Stadt Linz gegen die Beschuldigten im Strafverfahren angestrebt?
- Vbgm Hörzing hat offenbar – nachdem bereits die Abteilungsleiterin der Verwaltungsstrafabteilung versetzt worden ist – vor, den Dienstvertrag der Geschäftsbereichsleiterin nicht zu verlängern. Hat die dementsprechend eingesetzte Begutachtungskommission bereits ihre letzte Sitzung abgehalten und eine Empfehlung an die Vizebürgermeisterin ausgesprochen?

*„Die Aufklärungsarbeit in der Aktenaffäre hat bereits wichtige Erkenntnisse gebracht. Es sind aber weiterhin noch zentrale Fragen offen, die wir in den kommenden Sitzungen des Kontrollausschusses weiterverfolgen werden“, kündigen **Hajart, Roschger und Eypeltauer** abschließend an.*